SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Zivilgesellschaft und Protest: zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns

Hasenöhrl, Ute

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hasenöhrl, U. (2003). *Zivilgesellschaft und Protest: zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns.* (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven, 2003-506). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111575

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZKD

Veröffentlichung der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ des Forschungsschwerpunkts Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

AGZG

Ute Hasenöhrl

Zivilgesellschaft und Protest.
Zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns

Discussion Paper Nr. SP IV 2003-506

ISSN 1612-1643

Ute Hasenöhrl is historian and Research Fellow at the working group "Civil Society: Historical and Comparative Perspectives"
Ute Hasenöhrl ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Social Science Research Center Berlin
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Federal Republic of Germany

WZB

Telefon: +49/30/25491-0 E-Mail: wzb@wz-berlin.de
Telefax: +49/30/25491-684 Internet: http://www.wz-berlin.de

Abstract

This discussion paper presents an outline of a doctorial thesis on the environmental movement in West Germany from 1945 to 1980, currently in progress within the working group on ‚Civil Society: Historical and social scientific perspectives'. Based on a case study of Bavaria the project investigates the circumstances in which environmental questions became social and political concerns. Of special interest is the role of civil society organisations in establishing environmental topics as matters of public discussion, and their role in implementing environmental public policy. Focusing on problem solution strategies of conservation and environmental movements different aspects of civil society such as specific modes of interaction and civil society as a social sphere are being taken into consideration and put into context. To do this, the main conflict issues (water power, nuclear power, tourism) and actors ('Bund Naturschutz in Bayern', 'Touristenverein Die Naturfreunde', 'Deutscher Alpenverein', civil action groups) are analysed. The concept of civil society is combined with other social science approaches to collective action.

Environment destructions must be perceived as unacceptable for it to become a significant socio-political problem. The increasing relevance of the environment, as well as changes in the main groups fighting the cause from conservatives to alternative leftists, can be linked to both changes in the political opportunity structure and to shifts in social values among the general public and elites. Environmental concern and protest reached a highpoint in the early 1970s. However, it is shown that the conservation movement was able, in a few cases, to mobilize large groups of people in the 1950s, especially on the issue of building water power plants.

Das Diskussionspapier stellt ein derzeit im Rahmen der Arbeitsgruppe ‚Zivilgesellschaft: Historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven' laufendes Dissertationsprojekt zur Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1980 am Beispiel Bayerns vor. Untersucht wird, unter welchen Gegebenheiten Umweltfragen zu zentralen gesellschaftlich-politischen Anliegen wurden. Im Mittelpunkt steht die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Etablierung von Themen in der öffentlichen Diskussion und bei deren politischer Umsetzung. Bereichs- und Handlungslogik des Konzepts der Zivilgesellschaft sollen dabei am Beispiel des Konfliktlösungsverhaltens der Naturschutz- und Umweltbewegung kontextualisiert und problematisiert werden. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher und -politischer Veränderungen werden dafür zentrale Konfliktfelder (Wasser(kraft), Atomkraft, Tourismus) und Akteure (Bund Naturschutz in Bayern, Touristenverein Die Naturfreunde, Deutscher Alpenverein, Bürgerinitiativen) untersucht. Methodisch wird das Konzept der Zivilgesellschaft mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen zur Erklärung kollektiven Handelns verbunden.

Umwelt als gesellschaftlich-politisches Problem wird als Konstrukt aufgefasst, das erst dann mobilisierende Kräfte entfalten kann, wenn neben Zerstörungen die Wahrnehmung tritt, dass ein Problem einen nicht mehr hinzunehmenden Zustand erreicht hat. Die steigende Relevanz des Umweltthemas sowie der Wandel der primären Trägergruppen des Natur- und Umweltschutzes von eher konservativen zu alternativ-linken Kreisen beruht daher neben Veränderungen der politischen Gelegenheitsstruktur auf dem gesellschaftlichen Wertewandel in der öffentlichen Meinung und bei den Eliten. Die Beschäftigung mit Umweltthemen erreichte dabei zwar Anfang der 1970er Jahre einen Höhepunkt, doch wird gezeigt, dass auch der Naturschutz der 1950er Jahre in Einzelfällen ein hohes Mobilisierungspotential entfaltete, vor allem bei Konflikten um den Bau von Wasserkraftwerken.

Inhalt

I. Grundfragestellung 1

II. Methodik 2

III. Gesamtgesellschaftlicher und politischer Wandel 7

IV. Akteure und Handlungsformen 9

V. Forschungsgegenstände 11

1. Konfliktfelder 11

a) Wasserkraft 11
b) Atomkraft 15
c) Tourismus 18

2. Trägergruppen 19

a) Bund Naturschutz in Bayern 20
b) Touristenverein Die Naturfreunde, Landesverband Bayern 20
c) Deutscher Alpenverein, Landesverband Bayern 20
d) Bürgerinitiativen 20

VI. Ergebnisse und Auswirkungen der Natur- und Umweltschutz-bewegung auf Zivilgesellschaft und politisches System 21

Mit dem vorliegenden Diskussionspapier wird ein derzeit im Rahmen der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: Historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ laufendes Promotionsprojekt vorgestellt. In sechs Kapiteln sollen leitende Fragestellung, Methodik, inhaltliche Schwerpunkte und empirische Forschungsgegenstände skizziert sowie erste Ergebnisse vorgestellt werden. Da die Recherchen noch nicht abgeschlossen sind, kann nicht gleichermaßen ausführlich auf alle Untersuchungsbereiche eingegangen werden. Dem momentanen Forschungsstand entsprechend konzentriert sich die Darstellung daher auf Aspekte des bereits intensiver bearbeiteten Abschnitts ‚Konfliktfelder’, wohingegen die Auswertung des zu den einzelnen Trägergruppen gesammelten Materials noch aussteht. Die präsentierten Untersuchungsergebnisse sind als vorläufig zu werten.

I. Grundfragestellung

Während die Natur- und Heimatschutzbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zumeist als rückwärtsgewandte, technikfeindliche Schwärmerei diffamiert und marginalisiert wurde, erweckten die Anliegen der Naturschutz- und später auch der Umweltbewegung[1] in den 1950er bis 70er Jahren in Öffentlichkeit und Politik zunehmende Aufmerksamkeit. Speziell die breite ökologische Bewegung der 1970er Jahre entwickelte sich zu einem wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Akteur und Einflussfaktor. Die immer weitere Kreise der Bevölkerung erfassende Besorgnis über die Zerstörung von Natur und Umwelt lässt sich jedoch nicht allein mit den tatsächlich vorhandenen Schädigungen erklären. Die am stärksten bekämpften Probleme entsprechen so nicht zwangsläufig den objektiv schwerwiegendsten.[2] ‚Umwelt’ bzw. ‚Umweltzerstörung’ als gesellschaftlich-politisches Problem wird daher als Konstrukt verstanden. Es entwickelt erst dann mobilisierende Kräfte, wenn neben die konkret erfahrbare Realität einer bedrohten Natur die subjektive Wahrnehmung tritt, dass ein Problem einen nicht mehr hinnehmbaren Zustand erreicht hat.

[1] Unter Naturschutz werden Bemühungen um den Erhalt der Natur- bzw. Kulturlandschaft mit ihrer typischen Tier- und Pflanzenwelt, gelegentlich auch nur einzelner symbolträchtiger Arten verstanden. Der Umweltschutz versucht dagegen, die natürlichen Lebensgrundlagen an sich zu bewahren. Der Naturschutz kann damit als Teilgebiet des Umweltschutzes aufgefasst werden. Das Verhältnis zwischen Natur- und Umweltschutz ist spannungsreich – so können etwa Wasserkraftwerke, die aus der Sicht des Umweltschutzes (Klimaschutz, regenerative Energien) begrüßt werden, für den Naturschutz (Zerstörung ursprünglicher Landschaften) inakzeptabel sein. Die Verwendung des Sammelbegriffs ‚Naturschutz- bzw. Umweltbewegung’ ist der Bemühung um leichtere Lesbarkeit des Textes geschuldet, eine ideologisch bzw. organisatorisch geschlossene Bewegung existierte nicht. Sie umfasst eine Vielzahl an Organisationen, die nach Größe, inhaltlicher Ausrichtung, Aufbau, Vernetzungsgrad oder politischer Orientierung erheblich differieren.

[2] Zum Phänomen der relativen Deprivation als Vorbedingung für Protestverhalten siehe Gurr, Ted Robert: Why Men Rebel. Princeton 1970.

Die leitende Fragestellung lautet daher, unter welchen Gegebenheiten Umweltfragen zu einem zentralen gesellschaftlich-politischen Anliegen wurden. Diese Frage fasst zum einen eine allgemeingesellschaftliche bzw. -politische Perspektive ins Auge. Zum anderen wird insbesondere der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Etablierung von Themen in der öffentlichen Diskussion und bei ihrer politischen Umsetzung nachgegangen. Schwerpunkte liegen auf den Charakteristika der aktiven Bevölkerungsgruppen, Beweggründen und Methoden der verschiedenen Akteure, ihren Interaktionen, aber auch auf den strukturellen Rahmenbedingungen und schließlich auf den Ergebnissen und Auswirkungen ihres Handelns.

Konkret soll in der Dissertation zunächst die Geschichte der Umweltveränderungen, der Umweltpolitik und der Umweltbewegung in Bayern bis 1980 einschließlich der Hauptkonflikte skizziert sowie gesellschaftliche und politische Veränderungen auf einer allgemeinen Ebene analysiert werden. Vor diesem Hintergrund werden dann im Hauptteil ausgewählte zentrale Konfliktfelder und Akteure untersucht. Es handelt sich dabei um die Bereiche Wasser(kraft), Atomkraft und Tourismus sowie den ‚Bund Naturschutz in Bayern', den ‚Touristenverein Die Naturfreunde', den ‚Deutschen Alpenverein' und verschiedene Bürgerinitiativen. Makro- und Mikroebene sollen miteinander in Verbindung gesetzt werden und somit ein klares Bild von den entscheidenden Faktoren für Problemwahrnehmung, Mobilisierung und politisches Scheitern bzw. Erfolg ergeben.

II. Methodik

Eine wesentliche Rolle für die Konzeption der Arbeit spielt das Konzept der Zivilgesellschaft mit seinem akteurs- und handlungsorientierten analytischen Fokus. Grundlage ist eine von Jürgen Kocka entwickelte Definition, die einen bereichslogischen Ansatz von Zivilgesellschaft als sozialem Raum zwischen Staat, Wirtschaft und Privatleben mit einer handlungslogischen Sicht auf Zivilgesellschaft als einem spezifischen Modus sozialer Interaktion verbindet.[3] Bereichs- und Handlungslogik werden am Beispiel der Naturschutz- und Umweltbewegung im Bayern der Nachkriegszeit kontextualisiert und problematisiert. Mit Konfliktlösungsverhalten steht hierbei ein zentraler Aspekt zivilgesellschaftlichen Handelns im Mittelpunkt der Arbeit.[4] Die normativen Komponenten des Konzepts werden einerseits als Analysekategorien genutzt und anhand zeitgenössischer Vorstellungen der Akteure über ‚angemessenes'

[3] Dieser Handlungsmodus zeichnet sich durch Kompromissorientierung bei Konflikten, individuelle Selbständigkeit und gesellschaftliche Selbstorganisation, Anerkennung von Pluralität, Gewaltfreiheit, Zivilität sowie Interesse an der res publica aus. - Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, 2 (2003), S.29-37.

[4] Konflikte und Proteste können nach Rucht als öffentlichkeitswirksame „Seismographen, die über Stärken und Schwächen sowie die Wandlungen von Zivilgesellschaft Auskunft geben", verstanden werden. - Rucht, Dieter: Zivilgesellschaft als Forschungsgegenstand: Systematische, historische und forschungspraktische Annäherungen. Berlin 2002, S.11 (Arbeitspapier).

Verhalten in Konfliktsituationen oder das Gemeinwohl, ihren Werten, Handlungen und Zielen historisiert. Andererseits sollen Ambivalenzen wie das Verhältnis zwischen Inklusion und Exklusion oder die Rolle von Gewalt gezielt als Forschungsfragen thematisiert werden. Der bereichslogische Ansatz wiederum lenkt den Blick auf Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft, Staat, Wirtschaft und Privatsphäre. Die zeitweise sehr enge Anlehnung von Naturschutzorganisationen an den Staat sowie die Vermittlungsfunktion des amtlichen Naturschutzes zwischen Zivilgesellschaft und Staat lässt dabei eine starre bereichslogische Definition von Zivilgesellschaft als fragwürdig erscheinen.

Methodisch wird das Konzept der Zivilgesellschaft als Aktionsraum, der primär durch die Art der Aktivitäten seiner Mitglieder gekennzeichnet ist, mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen verbunden. Dabei stehen Theorien zur Erklärung kollektiven Handelns[5] im Vordergrund, wobei an die Forschung zu sozialen Bewegungen sowie an Theorien zum Umgang mit Kollektivgütern angeschlossen wird. Das Konzept der Zivilgesellschaft bietet dabei jedoch den Vorteil, ungeachtet der Organisationsform und ideologischen Wertorientierung die ganze Palette zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erfassen. Die handlungstheoretische Perspektive wird über das Modell der Gelegenheitsstruktur mit strukturtheoretischen Ansätzen verbunden.

Die Auseinandersetzungen um die Umweltmedien Natur, Landschaft, Wasser und Luft waren im wesentlichen Nutzungskonflikte um öffentliche Güter.[6] Als ein möglicher Erklärungsansatz für Gruppenverhalten in dieser Art Konflikt wird Mancur Olsons Theorie kollektiven Handelns herangezogen. Paradoxien im Umgang mit kollektiven Gütern entstehen nach Olson durch Spannungen zwischen kollektiver und individueller Rationalität: Je größer die Gruppe der Nutznießer, desto geringer der individuelle Anreiz, sich an den Kosten ihrer Produktion oder Erhaltung zu beteiligen. Da diese Argumentationsweise jedoch alternative Handlungsmotivationen sowie Präferenzen der Akteure ignoriert, ist sie als alleiniger Erklärungsansatz außer in Kontexten mit starkem Selektionsdruck nicht ausreichend.[7]

---

[5] Miebach, Bernhard: Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung. Opladen 1991; Bender, Harald: Die Zeit der Bewegung. Strukturdynamik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie sozialer Bewegungen und zur Analyse kollektiven Handelns. Heidelberg 1995; Druwe, Ulrich/ Kunz, Volker (Hg.): Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand. Opladen 1996; Schimanek, Uwe: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurstheoretische Soziologie. Weinheim/ München 2000; Rucht, Dieter/ Neidhardt, Friedhelm: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Lehrbuch der Soziologie. Hg. v. Hans Joas. Frankfurt/ New York 2001, S.533-556.

[6] Öffentliche Güter zeichnen sich durch Nichtgeltung des Ausschlussprinzips (Trittbrettfahrer können von ihrer Nutzung nicht ausgeschlossen werden) sowie Verbundenheit des Angebots (Konsum eines Guts reduziert die für andere vorhandene Menge nicht) aus. Der Charakter der freien Landschaft als öffentliches Gut spiegelt sich in §141 Abs.3 der Bayerischen Verfassung über den freien Zugang zu Naturschönheiten wieder.

[7] Wicke, Lutz: Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. München 1989², S.41ff.; Olson, Mancur: Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen 1992³; Willems, Ulrich: Restriktionen und Chancen kollektiven Handelns. Eine Einführung in die Diskussion um Olsons ‚Logik kollektiven Handelns' und ihre Probleme für Theorien der rationalen Wahl. In: Druwe/ Kunz (1996), S.127-153.

Der Kollektivgutcharakter von Natur und Umweltmedien bietet darüber hinaus eine mögliche Erklärung für die Dominanz der Gemeinwohlrhetorik in Umweltkonflikten – die Begründung eines allgemeinen Nutzens stellt für die wirtschaftliche Verwertung eines öffentlichen Gutes eine Notwendigkeit dar, sie ist daher nicht zwangsläufig Ausdruck eines besonderen zivilgesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins. Aushandlung und Umwertung, aber auch Missbrauch des ‚allgemeinen Wohls' für private Interessen lassen sich daher am Beispiel der Kollektivgüter Natur und Umwelt exemplarisch verfolgen.

Durch Modelle und Erklärungsansätze der Bewegungsforschung[8] können einige Lücken in Olsons Theorie kollektiven Handelns geschlossen werden, vor allem über Netzwerktheorien[9] und das Konzept der Gelegenheitsstruktur[10]. Jedoch lässt sich nur ein Teil der von mir untersuchten Organisationen – speziell die Bürgerinitiativen der 1970er Jahre – als soziale Bewegungen[11] fassen. Beim Naturschutz der 1950er und 60er Jahre war dagegen der Verbandscharakter noch stärker ausgeprägt als der Bewegungscharakter.[12] Kooperation und Verhandlungen mit dem Staat dominierten gegenüber kollektiven Protestaktionen. Ansätze der Bewegungsforschung zur Erklärung kollektiven Handelns wie relative Deprivation, soziale Netzwerke, ‚framing', ‚agency setting' oder die Bedeutung von Bewegungsmanagern können jedoch auch für diese Gruppen sinnvoll angewandt werden.

Das Projekt ist thematisch im Bereich der Umweltgeschichte verortet, einer in Deutschland noch relativ jungen Disziplin der Geschichtswissenschaften.[13] Ein Großteil der Forschung beschäftigte sich bisher mit den Auswirkungen der Industrialisie-

---

[8] Brand, Karl-Werner: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M./ New York 1983; Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/ New York 1994; Klein, Ansgar/ Legrand, Hans-Josef/ Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/ Wiesbaden 1999; Rucht/ Neidhardt (2001).

[9] Sabatier, Paul A.: An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: Policy Sciences 21 (1988), S.129-168; van Waarden, Frans: Dimensions and types of policy networks. In: European Journal of Political Research 21 (1992), S.29-52; Hugh Heclo: Issue Networks and the Executive Establishment. In: Public administration. Concepts and cases. Hg. v. Richard Stillman. Washington 1999, S.444-456.

[10] Handlungs- und Erfolgschancen einer Organisation werden vom Bezugsgruppensystem ihrer Umwelt bestimmt: Ausmaß an Offenheit/ Geschlossenheit eines politischen Systems, Stabilität/ Instabilität der politischen Strukturen, Durchsetzungsstärke der politischen Eliten, Verfügbarkeit/ Mangel an Allianzen und Unterstützungsgruppen. – Siehe Tarrow, Sidney: Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics. Cambridge 1998; Rucht/ Neidhardt (2001), S.554.

[11] Unter sozialen Bewegungen werden „soziale Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppen und Organisationen, die mit kollektiven Aktionen Protest ausdrücken, um soziale bzw. politische Verhältnisse zu verändern oder um sich vollziehenden Veränderungen entgegenzuwirken", verstanden. – Rucht/ Neidhardt (2001), S.540.

[12] Zu Korporatismus: Streeck, Wolfgang: Staat und Verbände. Opladen 1994; Reutter, Werner: Verbände, Staat und Demokratie. Zur Kritik der Korporatismustheorie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (2002), S.501-511.

[13] Zu Geschichte und Forschungsstand der Umweltgeschichte siehe Andersen, Arne: Umweltgeschichte. Forschungsstand und Perspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte (1993), S. 672-701; Radkau, Joachim: Literaturbericht Technik- und Umweltgeschichte. Teil I. In: GWU 7-8 (1997), S.479-497; Teil II. In: GWU 4 (1999), S.250-258; Teil III. In: GWU 5-6 (1999), S.356-384; Hahn, Sylvia/Raith Reinhold (Hg.): Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder, Forschungsansätze, Perspektiven. München 2001.

rung.[14] Die Nachkriegszeit – lange Zeit ein Forschungsdesiderat der deutschsprachigen Umwelthistorie – wird erst in den letzten Jahren zunehmend als Forschungsfeld entdeckt[15]. Die umfangreiche soziologische und politikwissenschaftliche Literatur zu den Bereichen Umweltpolitik, -recht, -bewusstsein und der Geschichte der ökologischen Bewegung wiederum konzentriert sich nahezu vollständig auf die Zeit seit dem Ende der 1960er Jahre. Über die „Umweltbewegung vor der Umweltbewegung" ist hingegen nur wenig bekannt.[16] Eine Analyse der Natur- und Umweltbewegung auf der Basis zivilgesellschaftlicher Ansätze wurde bisher noch nicht versucht. Indem anhand der Naturschutz- und Umweltbewegung der frühen Bundesrepublik zivilgesellschaftliche Organisationen und Handlungsformen in den Blick genommen werden, leistet die Forschungsarbeit daher mit der Erschließung empirischer Materialien aus bisher kaum beachteten Quellenbeständen[17] sowie durch neue Fragestellungen Grundlagenarbeit.

Aufgrund des lückenhaften Forschungsstandes zu Umweltbewegung und -problemen in der Nachkriegszeit wurde das Untersuchungsgebiet für die Analyse von Ereignissen und Strukturen unterhalb der Bundesebene aus arbeitspraktischen Gründen auf ein Bundesland beschränkt. Bayern bietet sich als Objekt einer Fallstudie an, da aufgrund teils großer regionaler Unterschiede hier sowohl spezifische Probleme agrarischer und industrieller Gebiete, der Stadt-Land-Gegensatz sowie der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel der Nachkriegszeit exemplarisch studiert werden können. Jedoch ist zu beachten, dass sich die Konfliktthemen im Falle Bayerns zumindest phasenweise von denen anderer Regionen unterscheiden: Das Thema Luftverschmutzung war weit weniger dominant als in den ‚klassischen' Industriegebieten des Westens, dafür spielten Gewässerschutz, Wasserkraft, Tourismus und speziell der Naturschutz aus strukturellen und naturräumlichen Gründen eine wesentlich größere Rolle. Auch die bayerische Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre weist teils erhebliche Unterschiede zu den Konflikten um Wyhl, Gorleben oder Brokdorf auf. Daher sind strukturelle Vergleiche mit anderen Bundesländern und den angrenzenden Ländern des Alpenraums geplant.[18] Besonderheiten des bayerischen

---

[14] Etwa: Spiegelberg, Friedrich: Reinerhaltung der Luft im Wandel der Zeit. Düsseldorf 1984; Knaut, Andreas: Zurück zur Natur. Landschafts- und Heimatschutz im wilhelminischen Zeitalter. Bonn 1993; Gilhaus, Ulrike: „Schmerzenskinder der Industrie". Umweltzerstörung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter Westfalens. Paterborn 1995; Brüggemeier, Franz-Joseph: Das unendliche Meer der Lüfte. Luftverschmutzung, Industrialisierung und Risikodebatten im 19. Jahrhundert. Essen 1996.

[15] Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 – 1975. Reinbek 1983; Uekötter, Frank: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine politische Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika 1880 – 1970 (erscheint demnächst).

[16] Ausnahmen bilden etwa: Linse, Ulrich: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Berlin 1988; van Laak, Dirk: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999; Uekötter (2003).

[17] Zur Umweltgeschichte des Bundeslands Bayern ist 2002 eine erste Studie erschienen, jedoch beschreibt diese die Entwicklung der bayerischen Umweltpolitik aus der Perspektive von Regierung und Ministerialbürokratie. – Bergmeier, Monika: Umweltgeschichte der Boomjahre 1949 - 1973. Das Beispiel Bayern. Münster/ New York/ München/ Berlin 2002.

[18] Vergleiche erfolgen zum einen auf der Ebene der Konfliktfelder. Dabei werden Auseinandersetzungen zum gleichen Konfliktbereich (Wasserkraft, Tourismus, Atomkraft) einander gegenübergestellt, um den Blick auf bestimmende Faktoren für Mobilisierung und Konfliktverlauf zu öffnen. Diese Vergleiche erfolgen sowohl in-

Falls sollen ebenso herausgearbeitet werden wie Vernetzungen und Ähnlichkeiten mit anderen Regionen.

Die Umweltthematik umfasst eine Fülle an Problematiken. Mit Wasser(kraft), Atomkraft und Tourismus wurden drei für Bayern zentrale Konfliktbereiche ausgewählt. Ergänzend werden mit dem ‚Bund Naturschutz in Bayern', dem ‚Touristenverein Die Naturfreunde', dem ‚Deutsche Alpenverein' sowie ausgewählten Bürgerinitiativen die für Bayern wichtigsten Trägergruppen des Natur- und Umweltschutzes exemplarisch analysiert.[19] Anhand der Mitgliederzeitschriften und Aktionsaufrufe dieser Vereine sollen zudem Themenkarrieren natur- und umweltschutzorientierter Debatten und Konfliktfelder am Beispiel einer ohnehin für diese Bereiche sensibilisierten Öffentlichkeit nachgezeichnet werden. Die Untersuchungen erfolgen aus synchroner wie diachroner Perspektive.

Zeitlich beschäftigt sich die Arbeit mit der Nachkriegszeit bis 1980. Sie umfasst Wiederauf-bau und Umgang mit dem Erbe der Vergangenheit nach 1945, den Wirtschaftsboom der ‚langen 50er Jahre', die erste ökonomische Stagnation sowie die zunehmende Einsicht in die ‚Grenzen des Wachstums' im Laufe der 1970er Jahre. Die Arbeit schließt mit der Gründung grüner Parteilisten auf Länder- und Bundesebene 1977-80, ohne dass dies als teleologischer Endpunkt der Umweltbewegung gedacht werden soll.

Zentrales methodisches Instrumentarium ist die geschichtswissenschaftliche Quellenanalyse. Es werden zeitgenössische Texte, Meinungsumfragen, Zeitschriften und ausgewählte Publikationen aus dem Bereich der Natur- und Umweltschutzvereine, der Parteien und Bürgerbewegungen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial auf der Basis von Datenbanken berücksichtigt. Einen wichtigen Schwerpunkt bildet die Recherche in Archiven.[20] Um einen besseren Einblick in die Perspektive der Akteure zu erlangen, sollen zudem mit Zeitzeugen aus Natur- und Umweltschutz, aber auch der staatlichen Verwaltung ergänzende Interviews geführt werden.

---

nerhalb Bayerns zwischen einzelnen Streitfällen als auch zwischen Bayern und der Schweiz bzw. Österreich, Ländern mit ähnlichen naturräumlichen Voraussetzungen, aber zum Teil sehr unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Traditionen und Gelegenheitsstrukturen. Für den Bereich der Atomkraft sind Vergleiche zwischen bayerischer und bundesweiter Anti-AKW-Bewegung vorgesehen. Zum anderen sollen jenseits der Konfliktfelder Mobilisierung, Organisations- und Handlungsformen des Natur- und Umweltschutzes zwischen Bayern und dem bereits relativ gut erforschten Nordrhein-Westfalen verglichen werden.

[19] Die Auswahl der einzelnen Untersuchungsobjekte wird in den einleitenden Paragraphen der jeweiligen Unterkapitel in Abschnitt V ausführlicher begründet.

[20] Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Staatsarchive der bayerischen Regierungsbezirke sowie einzelner Landkreise; Archiv Grünes Gedächtnis und Petra-Kelly-Archiv (Heinrich-Böll-Stiftung Berlin), Bundesarchiv Koblenz und St. Augustin-Hangelar, Hamburger Institut für Sozialforschung, Eco-Archiv Hofgeismar sowie Archive des Touristenvereins Die Naturfreunde, des Deutschen Alpenvereins bzw. des Bund Naturschutz in Bayern.

III. Gesamtgesellschaftlicher und politischer Wandel

Eine breite Palette struktureller und subjektiver Faktoren spielt bei der Beantwortung der Frage eine Rolle, welche zusätzlichen Einflüsse neben real vorhandenen Zerstörungen wirkungsmächtig werden mussten, damit Umweltthemen als gesellschaftlich-politisches Problem mobilisierende Kräfte entfalteten.[21] Im folgenden sollen als allgemeine Einleitung und Hintergrund der Abschnitte zu Konfliktfeldern, Akteuren, und Handlungsformen einige wesentliche Entwicklungen des gesamtgesellschaftlichen und politischen Wandels grob skizziert werden.

Während des Untersuchungszeitraums veränderte sich Bayern ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland im Ganzen von einer Sparsamkeits- zur Wohlstands- und schließlich zur Wegwerf- und Freizeitgesellschaft. Diese Entwicklung wurde ausgelöst und verstärkt durch neue Technologien. Entscheidend für den erneuten Schub von Technik wie Umweltverschmutzung[22] in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war insbesondere die zunehmende Verfügbarkeit von preisgünstigem Öl und Gas als hauptsächliche Energieträger, welche die allgemeine Motorisierung und Chemisierung erst möglich machte.[23] Mit der Erschließung neuer Energiequellen und technischen Maßnahmen wie der Wasserüberleitung nach Nordbayern konnte zudem eine erhöhte Unabhängigkeit von der Grundverteilung natürlicher Ressourcen[24] erreicht werden. Darüber hinaus wandelte sich die Sozialstruktur Bayerns durch die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem 2. Weltkrieg und die Veränderung der leitenden Wirtschaftszweige.[25]

Auf der politischen Ebene lassen sich trotz der hohen personellen und politischen Bestän-digkeit (Dominanz der CSU) und der daraus resultierenden Entscheidungskontinuitäten[26] – beeinflusst auch durch die Entwicklung des nationalen und

---

[21] Zur Identifizierung und Strukturierung potentieller Einflussfaktoren war ein von Paul Sabatier vorgeschlagenes ‚framework' gesellschaftlicher und politischer Veränderungen von großer Hilfe. Sabatier trennt nach stabilen und dynamischen Faktoren und nennt hierbei als stabile Faktoren Grundmerkmale des Problembereichs, Grundverteilung natürlicher Ressourcen, mentale und kulturelle Werte, Sozialstruktur und Rechtsordnung. Unter dynamischen Faktoren führt er neue sozioökonomische Umstände, Technologie, Regierungswechsel und Wahlen, politische Entscheidungen sowie rechtlichen Wandel an. - Siehe Sabatier (1988), S.135-138.

[22] Der jeweilige Grad eines Umweltproblems unterlag dabei jedoch Schwankungen, beispielsweise durch Anstieg der Produktivität oder technischen Wandel.

[23] Radkau, Joachim: Was ist Umweltgeschichte? In: Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive. Acht Beiträge. Hg. v. Werner Abelshauser. Göttingen 1994, S. 24; Pfister, Christian (Hg.): Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft. Berlin 1995; Sieferle, Rolf Peter: Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München 1997.

[24] Auch Änderungen in den Rechten an Ressourcen (z.B. Einschränkung von Verschmutzungsrechten und Zuweisung von Nutzungsrechten an Gemeingütern) wirkten sich aus.

[25] Petzina, Dietmar: Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren. In: Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. v. Werner Abelshauser. Berlin 1994, S.101-127.

[26] Zwar hielt sich der politische Wandel durch Regierungswechsel in Bayern eher in Grenzen, allerdings konnte die SPD unter Wilhelm Hoegner (Innenminister 1950-54, Ministerpräsident 1954-57) die bayerische Politik in den 1950er Jahren stärker mitbestimmen. Zudem erlangten immer wieder neue Politiker mit unterschiedlichen Einstellungen zu Natur- und Umweltschutz Einfluss.

internationalen Umweltrechts bzw. der nationalen und internationalen Umweltpolitik[27] – in Bayern Veränderungen in der Naturschutz- bzw. Umweltpolitik[28] sowie im Umgang des Staates mit Vereinen und Bürgerinitiativen, Protesten und Konflikten feststellen.[29] Diese Veränderungen waren jedoch meist nur graduell und können kaum als eine neue Stufe staatlichen Verhaltens interpretiert werden. Gemeinsam beeinflussten sie allerdings die Gelegenheitsstruktur für politisches oder gesellschaftliches Engagement der Bürger.

Mit der Entwicklung Bayerns vom rückständigen Agrar- zum Industrie- und Dienstleistungs-staat, der Auflösung von Klassengrenzen und der Annäherung der Sozialmilieus und Lebensstile[30] wandelten sich auch mentale und kulturelle Werte zum Teil massiv. So vollzog sich ein Wandel in der Wahrnehmung sowohl der Rolle der Öffentlichkeit als auch der individuellen Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten, der Ende der 1960er Jahre in eine wahre Gestaltungseuphorie mündete, bürgerschaftliches Engagement neu legitimierte und die Basis für ein modifiziertes Gesellschafts- und Demokratieverständnis bildete.[31] Des weiteren änderte sich als Grundlage eines neuen Umweltbewusstseins und -verhaltens auch die Wahrnehmung von Natur und Umwelt bzw. deren potentieller Gefährdung und damit die Einschätzung von Technik, Fortschritt, Wissenschaft und Expertenwissen.[32]

Die Analyse des gesellschaftlichen und politischen Wandels und seiner Voraussetzungen bildet den Hintergrund des zweiten Untersuchungsbereichs: den Akteuren mit ihren Motiven und Aktionsformen. Die Ergebnisse des ersten Teils der Arbeit können auch als ein potentielles allgemeines Erklärungsgerüst dienen, dessen Deutungskraft an den zu untersuchenden Trägergruppen und Konfliktfeldern konkret überprüft werden muss. Dabei soll unter anderem der Frage nachgegangen werden, ob und auf welche Weise Entwicklungen auf gesamtgesellschaftlicher bzw. -

---

[27] Simonis, Udo Ernst (Hg.): Basiswissen Umweltpolitik. Ursachen, Wirkungen und Bekämpfung von Umweltproblemen. Die Beiträge der RIAS-Funkuniversität. Berlin 1990; Tolba, Mostafa K./ El-Kholy, Osama A. (Hg.): The World Environment 1972 – 1992. Two decades of challenge. London u.a. 1992; Bender, Bernd/ Sparwasser, Reinhard/ Engel, Rüdiger: Umweltrecht. Grundzüge des öffentlichen Umweltschutzrechts. Heidelberg 1995³.

[28] Etwa durch die Förderung bestimmter Technologien, Energien oder Wirtschaftszweige, die Strukturpolitik und die Art und Weise, in der Natur- und Umweltschutz in den Verantwortungsbereichen des Landes bzw. der Kommunen (Abfallbeseitigung, Verkehr, Landschafts- und Stadtplanung, Flurbereinigung) berücksichtigt wurden. Die Umweltpolitik wurde Anfang der 1970er Jahre zudem als gesonderter Politikbereich entdeckt, ihre Implementierung war jedoch ungleichmäßig.

[29] „Das schönste Amt der Welt". Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung mit Unterstützung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (= Staatliche Archive Bayerns. Kleine Ausstellungen Nr. 13). München 1999; Schmid, Alois (Hg.): Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik (Band 4/1). München 2003.

[30] Wachsender Wohlstand, höhere räumliche und soziale Mobilität, höheres Bildungsniveau.

[31] Rucht (1994).

[32] Glaser, Hermann: Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3 Bände. München/ Wien 1990; Hermand, Jost: Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewusstseins. Frankfurt a.M. 1991; Ohme-Reinicke, Annette: Moderne Maschinenstürmer. Zum Technikverständnis sozialer Bewegungen seit 1968. Frankfurt/ New York 2000.

politischer Ebene Problemwahrnehmung, Mobilisierung und Handlungsformen auf lokaler Ebene beeinflussten.

IV. Akteure und Handlungsformen

Im Zentrum der Arbeit stehen Handlungsformen und Akteure der Naturschutz- und Umweltbewegung. Insgesamt werden die Akteure nach zentralen Kategorien analysiert wie: Motive, sozioökonomische Kennzeichen (Alter, Bildung, Schichten, Berufe, Herkunft, Geschlecht), innere Organisation (hierarchisch – basisorientiert), Feindbilder, Zukunfts- und Gesellschaftsvorstellungen, Vernetzung, Wissensvermittlung, Vorstellungen von den Aufgaben der Öffentlichkeit, Einstellung zu Legalität und Gewalt, Werte, Ziele, Gemeinwohlorientierung vs. ‚St. Florians – Prinzip', Ideologisierungsgrad, Aktionsformen und Lernprozesse.

Bei der Analyse der Protest- und Konfliktformen werden nicht nur öffentlichkeitswirksame Protestformen berücksichtigt, sondern auch versteckte, auf Konsens ausgerichtete Handlungsformen wie informelle Verhandlungen, Lobbyarbeit, Einschalten von Mediatoren oder Einflussnahme über Ämter und Medien. Auch Gegengutachten sowie Aufbau und Verwendung alternativen Wissens werden als mögliche Protestformen aufgefasst. Von besonderem Interesse ist die Einstellung der Natur- und Umweltschutzbewegung zu Gewalt, zivilem Ungehorsam und Regelverletzungen. Zu fragen ist des weiteren, ob Lernprozesse beobachtet werden können und auf welche Weise sich die Methoden, mit denen die einzelnen Gruppen ihre Ziele durchsetzen wollten, veränderten. So soll etwa überprüft werden, ob sich mit einer Veränderung der Trägergruppen auch Ziele und präferierte Methoden der Umsetzung änderten. Aufmerksamkeit geschenkt wird darüber hinaus der Art der Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren untereinander, zwischen Akteuren und Adressaten, Akteuren und Mediatoren sowie Akteuren und Spezialisten. So fällt beispielsweise auf, dass in den meisten Fällen der unmittelbare Adressat der Bürgerinitiativen nicht die Wirtschaft war, gegen deren Verschmutzungen der Protest eigentlich gerichtet war, sondern der Staat, etwa mit der Forderung nach schärferen Umweltgesetzen. Dies scheint auf eine starke Staatsfixierung der zivilgesellschaftlichen Gruppen hinzuweisen.

Die Untersuchung erfolgt am Beispiel zentraler Konfliktfelder und Organisationen, welche in Kapitel V vorgestellt werden. In diesem Abschnitt sollen dagegen einige Großentwicklungen thesenartig skizziert werden.

Eine der auffälligsten und aus zivilgesellschaftlicher Sicht interessantesten Entwicklungen in der Geschichte der Umweltbewegung in der Bundesrepublik nach 1945 ist die Veränderung der primären Trägergruppen des Natur- und Umweltschutzes. Dieser wandelte sich von einem Anliegen vorwiegend konservativer Kreise zu

einem Kerngedanken der alternativen Linken. Als Hypothese kann vermutet werden, dass die Ursachen dieser Entwicklung – neben Veränderungen der politischen Gelegenheitsstruktur – vor allem in dem parallelen gesellschaftlichen Wertewandel sowohl bei den Eliten als auch in der öffentlichen Meinung zu suchen sind. So vollzog sich Ende der 1960er Jahre eine Prioritätenverschiebung bei der Einschätzung dessen, was ein gesellschaftlich und politisch wichtiges Thema ist; vorher eher unpolitische Bereiche wie der Natur- und Umweltschutz wurden politisiert. Zudem löste sich etwa die Sozialdemokratische Partei zunehmend von ihrer lange Zeit bestehenden Fixierung auf die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und rückte mit der Betonung der Lebensqualität ein Thema in den Vordergrund, das sich zur Anknüpfung an natur- und umweltschutzorientierte Diskurse gut eignete. Einen Schlüssel in der Art der Problemwahrnehmung nehmen dabei die Medien über Art und Ausmaß der Berichterstattung ein. Verstärkte Berichterstattung, insbesondere der Printmedien, und Aktionsphasen der Umweltbewegung liefen so oft parallel oder leicht zeitlich versetzt voneinander ab. Auf der anderen Seite versuchte auch die Ökologiebewegung, die Presse – und später auch das Fernsehen – zur Verbreitung und Popularisierung ihrer Forderungen zu nutzen. Dabei gilt es auch zu überprüfen, ob apokalyptische Szenarien und Umweltskandale die Entwicklung eines Umweltbewusstseins bzw. der Umweltbewegung nur kurzzeitig beeinflussten oder längere Auswirkungen zeitigten.

Eine weitere wichtige Rolle spielen persönliche und gruppenspezifische Beweggründe. Gerade persönliche Betroffenheit – sei sie nun materiell oder auf symbolischer Ebene angesiedelt – bildet einen oft ausschlaggebenden Motivationsanreiz, zudem können einzelne persönliche Werte und Ziele sich gravierend von den in der Allgemeinheit vorherrschenden unterscheiden und unter Umständen auch stilbildend wirken. Dabei steht zu erwarten, dass die Mobilisierung eines allgemeinen Umweltbewusstseins nach unterschiedlichen Mustern funktionierte als das von Umweltaktivisten. Allerdings muss gefragt werden, ob letztlich bei der Umsetzung von Natur- und Umweltschutz oft nicht andere Faktoren als das ‚Umweltbewusstsein' ausschlaggebend waren, vor allem wirtschaftliche Interessen, die mehr oder weniger zufällig in dieselbe Richtung gingen.

In einem ersten Zugriff gehe ich von der These aus, dass sich in den 1950er Jahren die Bemühungen um den Erhalt der Umwelt zumindest in Bayern meist, wenn auch keineswegs ausschließlich noch auf die traditionellen Felder des Heimat-, Natur- und Vogelschutzes beschränkten. Man versuchte zumeist über informelle Kontakte, Bittschriften und über persönliche Netzwerke, Einfluss auf die politischen und administrativen Entscheidungsträger zu nehmen. Mit der ‚Entdeckung' des Umweltschutzes durch junge, politisch engagierte Angehörige der ‚neuen Mittelschicht' im Laufe der 1960er Jahre wurden jedoch nicht nur die öffentlichkeitswirksamen Methoden der Studenten- und Friedensbewegung wie Demonstrationen, Platzbesetzungen oder ziviler Ungehorsam verstärkt für den Umweltschutz fruchtbar gemacht. Die ökologische Bewegung der 1970er Jahre verband ihre Forderungen zudem mit basisdemokratischen und pazifistischen Ideen. Mit der steigenden Zahl an Umweltinitiativen im Laufe der 1970er Jahre wuchs darüber hinaus deren Vernetzung, gegenseiti-

ge, v.a. überregionale Unterstützung wurde von der Ausnahme zur Regel. Parallel dazu entdeckten zahlreiche Vereine und Verbände aus dem Bereich des Naturschutzes die ‚neuen' Themen des Umweltschutzes für sich und politisierten sich damit.

Diese Hypothese wird im folgenden anhand konkreter Fallstudien überprüft. Obwohl gerade Anfang der 1970er Jahre die Beschäftigung mit Umweltthemen einen Höhepunkt erreichte und sich die Proteste in der Auseinandersetzung um dem Bau von Atomkraftwerken radikalisierten, zeichnet sich dabei ab, dass auch der Naturschutz der 1950er Jahre nicht so naiv fortschrittsgläubig und schicksalsergeben agierte, wie oft angenommen wird, und zumindest in Einzelfällen ein erstaunliches Mobilisierungspotential entfalten konnte.

V. Forschungsgegenstände

Die aufgeworfenen Fragen und Hypothesen werden anhand mehrerer Fallstudien untersucht. Diese umfassen sowohl breitere Konfliktfelder (Wasser(kraft), Atomkraft, Tourismus) als auch einzelne Akteure (Bund Naturschutz in Bayern, Touristenverein Die Naturfreunde, Deutscher Alpenverein, Bürgerinitiativen). Es werden nun erste Ergebnisse dieser Analysen sowie noch offene Fragen vorgestellt.

1. Konfliktfelder

a) Wasserkraft

Der Bau von Wasserkraftwerken und Stauseen, vor allem im oberbayerischen Alpenraum, zur Reduzierung der Energienot in den späten 1940er bis 50er Jahren war wegen der Zerstörung noch urwüchsiger Landschaften mit hohem Identifikationsgrad und Tourismuspotential bei Naturschützern extrem umstritten und blieb für Bayern über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eines der am kontroversesten diskutierten Umweltthemen. Es werden Fälle untersucht, in denen Wasserbaumaßnahmen aufgrund der Einsprüche des Naturschutzes entweder verhindert, verzögert bzw. modifiziert oder gar nicht beeinflusst werden konnten.[33] Der Konfliktbereich Wasserkraft bietet sich an, um für die 1940er bis frühen 60er Jahre Akteurskoalitionen, verschiedene Wege der Einflussnahme, die Verbindung zwischen amtlichem und Verbandsnaturschutz sowie Protestformen zu studieren. Die Konflikte der 1950er und 60er Jahre lassen sich des weiteren kontrastieren mit den Protesten ge-

[33] Rissbachüberleitung, Sylvensteinspeicher, Jochenstein, Lech, Waginger See, Wendelstein, Partnachklamm, Kleinwasserkraftwerke - Bay. HStA: Bayerische Staatskanzlei (13773-13775, 17020, 17021, 17387, 17389-17393), Landesstelle für Naturschutz (37-49), Landesamt für Umweltschutz (51-56).

gen den weiteren Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals in den 1970er Jahren,[34] aber auch mit der Anti-AKW-Bewegung und ihren neuen Akteuren und Handlungsformen.

Eine besonders kontroverse und langjährige Auseinandersetzung entspann sich um den Ausbau des Lechs[35]. Der Konflikt darüber, ob einige der unberührtesten, ästhetischsten und für die Naturwissenschaften interessantesten Flussabschnitte aus wirtschaftlichen Gründen ausgebaut und somit wahrscheinlich zerstört werden sollten, zog sich über fast zwei Jahrzehnte hin. Die Argumente, die sowohl von der Energiegesellschaft Bayerische Wasserkraftwerke (Bawag), welche für den Bau und Betrieb der Kraftwerke verantwortlich war, als auch vom Naturschutz vorgebracht wurden, sind auch für ähnliche Konflikte um Flussregulierungen in Bayern repräsentativ. Die Industrie betonte ökonomische Notwendigkeiten, technische Schwierigkeiten von alternativen Lösungen und die Verbindlichkeit bestehender Nutzungsverträge mit dem Staat.[36] Der Naturschutz wies seinerseits auf die einmalige Schönheit der Landschaft, die Notwendigkeit, seltene Arten zu schützen, potentielle alternative Standorte und Möglichkeiten der Energienutzung sowie den Vorrang von Natur und Heimat vor kurzfristigem Gewinnstreben hin.[37] Wie auch in anderen Konfliktfällen nahmen beide Parteien dabei für sich in Anspruch, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Partikularinteressen der anderen Seite zu vertreten. Dabei wurde das ‚allgemeine Wohl' einmal im Zugang zu preisgünstigem Strom sowie dem daraus resultierenden Wirtschaftswachstum und Wohlstand, zum anderen im Erhalt herausragender Naturschönheiten wie einer urtümlichen Wildwasserlandschaft auch für zukünftige Generationen gesehen. Während die Energiewirtschaft also das Gemeinwohl primär über wirtschaftliche Bedürfnisse definierte, arbeitete der Naturschutz mit einem idealistischeren Verständnis des Begriffs. Das Gemeinwohl wurde dabei nicht nur als Gesellschafts- und Zukunftsmodell, sondern auch als rhetorischer Kampfbegriff verwendet, um für eine bestimmte Nutzungsform öffentlicher Güter Zustimmung zu finden.

Der Fall des Lech hebt sich in seiner Dauer und Schärfe von anderen Konflikten ab. Während die Industrie ihre Ziele wiederholt mittels Drohungen, Bestechungen und illegalen Bauaktivitäten zu erreichen beabsichtigte,[38] versuchte der Naturschutz neben informeller Einflussnahme und Anträgen an Regierung und Verwaltung zunehmend die Öffentlichkeit als Druckmittel einzusetzen. Trotzdem die verschiedenen

---

[34] Bay. HStA: Bayerische Staatskanzlei (17386, 18760-18765), Landesamt für Umweltschutz (15-46).
[35] Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (37, 43-47), Bayerische Staatskanzlei (13773, 13774, 17021).
[36] Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (45, 47): Aktennotiz Otto Kraus (LfN) über die Besprechung mit den Bayerischen Wasserkraftwerken AG vom 28.4.1950 in der Landesstelle für Naturschutz (LfN 45); Niederschrift über Besprechung zwischen dem Bay. Staatsministerium der Finanzen, dem Bay. Staatsministerium des Innern und der Bay. Wasserkraftwerke AG vom 6.2.1961 wegen Ausbau des Lech zwischen Lechbruck und dem oberen Ende der Litzauer Schleife (km 136,6) (LfN 47).
[37] Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (46): Brief Karl (Dipl.-Gärtner) an Landratsamt Schongau vom 10.12. 1959.
[38] Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (47), siehe etwa Artikel „Dr. Hilger: Kreistagspolitik und Millionen-‚Spende'" von Landrat Hilger. In: Schongauer Nachrichten vom 4.7. 1962, S.5f.

Naturschutzstellen und -verbände sonst meist unkoordiniert handelten, schlossen sich zu diesem Zweck 1960 zuletzt über 30 Naturschutz-, Wander- und Bergsteigervereine sowie wissenschaftliche Institute zu der Notgemeinschaft Oberer Lech zusammen und versuchten, auch über die Grenzen Bayerns hinaus Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen zu lenken.[39] Während bisher meist nur die Mitgliederzahl von den Vorständen als zusätzliches Argument für die Bedeutung ihrer Forderungen benutzt wurde, diese weit seltener zur Unterzeichnung von Petitionen aufgefordert waren, wurden seit 1960 vereinzelt auch Protestmärsche zur Erhaltung der Lechs veranstaltet, „um den verantwortlichen Stellen zu zeigen, dass auch die Volksmeinung nicht so inaktiv ist, wie manchmal angenommen wird.“[40] Von Staat und Wirtschaft enttäuscht, sahen sich die Naturschützer genötigt, ihre Anliegen offensiver nach außen zu vertreten. Zwar lag der Schwerpunkt weiterhin darauf, durch informierende Artikel in sympathisierenden Zeitungen Bürger zu schriftlichen Stellungnahmen in Form von Briefen, Eingaben oder Resolutionen zu motivieren und auf diese Weise die eigene Verhandlungsposition in Gesprächen mit dem Staat zu stärken, doch experimentierte der Naturschutz ergänzend mit physikalisch-expressiven Protestformen. Die enge, auf Kompromisse ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Staat erhielt gerade im Konflikt um den Lech vorübergehend Risse, blieb insgesamt aber bis in die 1970er Jahre erhalten.

Weiter zeigt speziell der Fall des Lechs die sehr enge Zusammenarbeit zwischen amtlichem und Verbandsnaturschutz. Beide Bereiche waren aufeinander angewiesen – der Verbandsnaturschutz glich bis zu einem gewissen Grade die personelle und finanzielle Unterversorgung der Naturschutzstellen aus,[41] während der amtliche Naturschutz den Verbänden und Vereinen eine Stimme in Regierung und Verwaltung gab und Informationen an die zivilgesellschaftlichen Organisationen weiterleitete.[42] Insbesondere die Landesstelle für Naturschutz unter Leitung Otto Kraus’ (1949-67) arbeitete eng mit Alpenverein und Bund Naturschutz zusammen und agierte bisweilen im Stile einer zivilgesellschaftlichen Institution. Auf der anderen Seite waren die ehrenamtlichen Kreisbeauftragten für Naturschutz über die Landratsämter an die staatliche Verwaltung angebunden und wurden auch aus arbeitspraktischen Gründen häufig mit Beamten besetzt. Die Naturschutzstellen wirkten somit insgesamt als Grenzposten und Mediatoren zwischen Zivilgesellschaft und Staat und lassen somit eine strenge Bereichsabgrenzung dieser Sphären fraglich erscheinen.

---

[39] Bay HStA: Landesstelle für Naturschutz (46, 47), siehe v.a. Resolution der Notgemeinschaft Oberer Lech vom 20.6. 1962 (LfN 47).

[40] Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (46): Brief Micheler an Oberlehrer Hans Streidl (Landsberg)/ Oberlehrer Wittmann (Schongau), München vom 18.5.1960.

[41] Zur finanziellen und personellen Ausstattung der bayerischen Kreisbeauftragten für Naturschutz siehe Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (6, 7).

[42] Etwa Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (38): Brief Otto Kraus (LfN) an Professor Stois (Institut für Gesteinsprüfung, TH München), München vom 10.1.1952.

Alles in allem kann festgestellt werden, dass der Naturschutz vor allem bei Konflikten um Wasserkraftwerke mittlerer Größe[43] überproportional häufig seine Ansichten durchsetzen und Zerstörungen abwenden konnte. So konnte der Naturschutz im Falle des Waginger Sees, der Kraftwerksgruppe Wendelstein und der Partnachklamm bei Garmisch-Partenkirchen einen Kraftwerksbau verhindern.[44] Entscheidend für den Erfolg war vor allem die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung. Vernichtete das Kraftwerk mit der Landschaft gleichzeitig auch die Hoffnungen der Einheimischen auf einen florierenden Fremdenverkehr in ihrem Ort, bildeten sich erfolgreiche Widerstandskoalitionen mit dem Naturschutz. Bei Groß- und Kleinstprojekten dagegen wurde der wirtschaftlichen Bedeutung des Kraftwerks als Energieproduzent und als Arbeitgeber vor Ort oft Priorität eingeräumt und der Naturschutz musste sich mit Konzessionen bei der Gestaltung und Einpassung in die Landschaft zufrieden geben.[45]

Wiederholt verwiesen Naturschützer auf die Unmöglichkeit, Bayerns Energieprobleme allein durch Wasserkraft lösen zu wollen, und sprachen sich für eine mindestens gleichberechtigte Nutzung von Dampfkraftwerken, Fernleitungen und seit der 2. Hälfte der 1950er Jahre für die Atomkraft als *die* Energieart der Zukunft schlechthin aus. Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der Atomkraft spielten bis Ende der 1960er Jahre für die meisten Naturschützer kaum eine Rolle. Während in der Wasserkraft als einer Naturkraft ein latentes Dauerrisiko, vor allem bei Dammbrüchen, gesehen wurde, schien die Atomkraft jederzeit kontrollierbar zu sein, da ihre Beherrschung allein in der Macht des Menschen stehe. Wasserkraftwerke konnten so als unwirtschaftliche, in Zukunft bedeutungslose Anachronismen dargestellt werden.[46] Zwar war das Wissen um die Risiken der Radioaktivität durch Atomkraftwerke in den 1950er und 60er Jahren noch nicht zum Allgemeingut geworden. Doch zeigt die Betonung der Gefahren der Wasserkraft sowie die beiläufige Verdrängung möglicher Sicherheitsrisiken der Atomkraft deutlich, wie sehr die Wahrnehmung potentieller Bedrohungen von subjektiven Präferenzen und Zukunftsmodellen geleitet wird.

Das Vertrauen des Naturschutzes in die Vorschriften der Atomwirtschaft und die zukünftige Lösbarkeit noch bestehender Probleme wie die Beseitigung des Atommülls überrascht so nur zunächst. Schließlich wusste der Naturschutz aus eigener Erfahrung um die Zwiespältigkeit technischer Errungenschaften – etwa in der Flurbe-

---

[43] Von Großwasserkraftwerken wird bei Projekten mit überregionaler Bedeutung für die Energieversorgung gesprochen. Kleinwasserkraftwerke dienen dagegen hauptsächlich der Deckung des Energiebedarfs der Produzenten selbst (etwa eines Gewerbebetriebs), während Kraftwerke mittlerer Größe zwischen diesen Kategorien angesiedelt sind.

[44] Bay. HStA: Bayerische Staatskanzlei (17020, 17021), Landesstelle für Naturschutz (37, 38, 44)

[45] Gerade bei Großprojekten wie Sylvensteinspeicher und Donaukraftwerk Jochenstein war der Naturschutz bereit, zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern einige Flussabschnitte zu opfern, sofern die angestrebte Energieausbeute wesentlich war und die Projektgestaltung von anerkannten Landschaftsgestaltern überwacht wurde. – Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (37-40).

[46] Kraus, Otto: Energiewirtschaft der Alpen im Umbruch – Wasserkraftnutzung am Ende? (1964). In derselbe: Zerstörung der Natur. Unser Schicksal von morgen? Der Naturschutz in dem Streit der Interessen. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge. Nürnberg 1966, S.170-178.

reinigung – und die Willkürlichkeit wissenschaftlicher Gutachten[47]. Von einem unreflektierten Vertrauen des Naturschutzes der 1950er und 60er Jahre in Fortschritt und Technik insgesamt kann daher nicht gesprochen werden. Ebenso wenig machte man sich große Illusionen über Motivation und Ehrenhaftigkeit von Politik und Wirtschaft angesichts der Häufung an Fällen, in denen selbst dem Gedanken des Naturschutzes zugeneigte Politiker wie Wilhelm Hoegner oder Alfons Goppel letztlich doch wirtschaftlichen Interessen Vorrang einräumten und der Selbstverständlichkeit, mit der sich insbesondere halbstaatliche Energieunternehmen über rechtliche und politische Grenzen hinwegsetzten, meist ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ein klassisches Beispiel hierfür ist erneut das Vorgehen der Bawag beim Ausbau des Lechs mit Staustufen.[48] Vor diesem Hintergrund drängt sich der Verdacht auf, dass der Naturschutz unbedingt an die Seriosität der Atomkraft glauben wollte, um mit deren Hilfe die Zerstörung der letzten erhaltenen Wildwasserabschnitte, für die er sich lange intensiv eingesetzt hatte, aufhalten zu können.[49] Mit dem Atomzeitalter wurde so eine schöne Utopie konstruiert, die schmerzhafte Landschaftszerstörungen unnötig machen würde.

b) Atomkraft

Die Auseinandersetzungen um die zivile Nutzung der Atomkraft stellten bundesweit das stilbildende Konfliktfeld im Umweltbereich der 1970er Jahre dar. Die bayerischen Konflikte um Ohu und Grafenrheinfeld befanden sich dabei im Vergleich zu Wyhl, Brokdorf oder Gorleben allerdings gerade in der Diskussion um die Legitimität zivilen Ungehorsams und gewalttätiger Aktionsformen nicht unter der Avantgarde der zivilgesellschaftlichen Debatten. Es stellt sich hier die Frage nach den Gründen für die Unterschiede zu den Anti-AKW-Protesten in anderen Regionen, nach der regionalen und überregionalen Vernetzung sowie der Teilnahme an außerbayerischen Aktionen. Der Bereich der Atomkraft ist darüber hinaus wesentlich für die Frage nach der Erarbeitung alternativen Wissens, den Einstellungen gegenüber Fortschritt, Technik und Expertenwissen sowie der Rolle der Medien und der Verbindung des Natur- und Umweltschutzes mit weiterreichenden Demokratie- und Gesellschaftskonzepten.

[47] Beispielsweise konnte der 1959 zur Beurteilung der Schutzwürdigkeit der Pupplinger Au eingesetzte Geologe keine Pflanzengesellschaften unterscheiden und kam so zu falschen Ergebnissen. – Bay. HstA LfN 37: Brief Otto Kraus (LfN) an Staatsministerium des Innern, München vom 3.10. 1959.

[48] Trotz eines Ministerratsbeschlusses vom 26.2. 1957, der die Staukote der Staustufe 6 auf 694 Meter über NN beschränkte, die endgültige Genehmigung der Stauhöhe vom Ausgang des wasserrechtlichen Verfahrens abhängig machte und die Litzauer Schleife ausdrücklich von der Bebauung ausnahm, erhöhte die Bawag selbständig die Stauhöhe und betrieb zwei Jahre später mit legalen wie illegalen Mitteln bis hin zur Bestechung den von ihr geplanten Ausbau dieses Flussabschnitts, wenn auch letztlich erfolglos. – Bay. HStA: Landesstelle für Naturschutz (37, 44, 46), Bayerische Staatskanzlei (13773, 13774).

[49] Emphatisch formulierte Kraus 1958 anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Alpenvereins sein Bekenntnis für die Erhaltung der letzten unberührten Flusslandschaften: „Eine Flusslandschaft aber, die angesichts ihrer wilden Schönheit zum Gespräch mit der Schöpfung zwingt, sollte niemals der Technik geopfert werden; die Technik muß vielmehr in diesem Fall der Natur, als Manifestation der Schöpfung, Opfer bringen.“ - Kraus, Otto: Die These vom ‚absoluten’ und ‚relativen’ Naturschutz – oder absolute Technik (1960). In derselbe: Zerstörung der Natur. Unser Schicksal von morgen? Der Naturschutz in dem Streit der Interessen. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge. Nürnberg 1966, S.32.

Schließlich wird die Haltung der Naturschutzverbände zur Atomkraft und ihre Partizipation in der Anti-AKW-Bewegung untersucht.

Einwände gegen den Bau von Atomkraftwerken waren bis in die 1970er Jahre nur in den seltensten Fällen grundsätzlicher Art.[50] Zwar gab es immer wieder Vorbehalte von Anliegern und Gemeinden im Umkreis geplanter AKWs, vor allem was die Abgabe von Radioaktivität in Luft und Wasser anbelangte, doch ging der Protest meist nicht über Resolutionen oder Einsprüche hinaus. Einzelne Standorte waren durchaus umstritten – so musste der Standort Bertoldsheim wegen Bedenken um die Trinkwasserversorgung Nürnbergs aufgegeben werden[51] –, von einigen meist rechtskonservativen Außenseitern wie dem Weltbund zum Schutze des Lebens[52] einmal abgesehen wurde die Atomkraft als Energiequelle selbst jedoch nicht angezweifelt. Im Gegenteil galt sie gerade unter Naturschützern als Allheilmittel gegen die Umweltverschmutzung und Landschaftszerstörung anderer Formen der Energiegewinnung. In den 1970er Jahren dagegen bildeten sich breitgefächerte Koalitionen gegen die Errichtung von AKWs in Rehling, Pleinting, speziell aber in Ohu und Grafenrheinfeld/ Schweinfurt (die Bevölkerung der Region um Gundremmingen brachte dem Bau eines zweiten AKWs dagegen keinen nennenswerten Widerstand entgegen).[53] Die Frage, warum die Konflikte in Bayern bis zu den Auseinandersetzungen um Wackersdorf verhältnismäßig gemäßigt und unspektakulär abliefen und es – meines Wissens – in den 1970er Jahren hier zwar zu Großkundgebungen und Klagen, nicht jedoch zu Platzbesetzungen oder signifikanten Aktionen zivilen Ungehorsams kam,[54] muss allerdings vorläufig noch offen bleiben, da sich die Recherchen zu diesem Bereich noch in den Anfängen befinden.

Vergleicht man die Proteste um die Atomkraft in den 1970ern mit den Auseinandersetzungen um die Wasserkraft in den 1950ern auf einer allgemeinen Ebene, so kann – wenig überraschend – festgestellt werden, dass sich diese gerade wegen der als unmittelbar empfundenen Bedrohung durch Radioaktivität deutlich radikalisierten. Bei dieser Problematik waren nicht nur ästhetischer Genuss, Natur- und Heimatliebe, sondern die eigene Gesundheit und im Ernstfall sogar das nackte Überleben gefährdet. Diese existenzielle Betroffenheit wirkte sich zwangsläufig auf die Bereitschaft aus, einen erheblichen Teil der Freizeit in den Widerstand gegen die Atomkraft zu stecken und das Risiko auf sich zu nehmen, mit Staat und Gesetz in Konflikt zu geraten. Gerade in dieser Hinsicht ist die Anti-AKW-Bewegung ein Kind der 1960er Jah-

---

[50] Radkau (1983).

[51] Bay. HStA: Bayerische Staatskanzlei (18796): Brief A. Jaumann an Ministerpräsident Ehard, München vom 20.6. 1962; Artikel „Atomstrom hebt Steuerkraft“. In: Münchner Merkur vom 19.7. 1962.

[52] Bay. HStA Bayerische Staatskanzlei (17024): Flugblätter des Weltbund zum Schutze des Lebens, LV Bayern: Atomenergie – Segen oder Fluch? München o.J. (spätestens Frühjahr 1970); Wichtige Kurzinformationen vom atomaren Sektor. München 1970.

[53] Zabern, Thomas von: Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in der BRD. Ein Verzeichnis maßgeblicher Bürgerinitiativen. In: Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftwerkgegner und solche, die es werden wollen. Hg. v. Hans-Christoph Buchholtz, Lutz Metz u.a. Wuppertal 1978, S.141-159.

[54] Paul, Reimar: Chronologie der Bewegung. In: ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Hg. v. Redaktion Atom-Express. Göttingen 1997, S.46-157.

re. Sie profitierte von der Ausgangsposition gesicherten materiellen Wohlstands, den erweiterten demokratischen Möglichkeiten und dem partizipatorischen Selbstverständnis der Nach-68er-Zeit sowie dem methodischen Vorbild früherer Protestbewegungen, insbesondere der Ostermarschbewegung, der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der Studentenbewegung.[55] So wurde auch die Diskussion um die Legitimität von Gewalt, zivilem Ungehorsam und Regelverletzungen in der Anti-AKW-Bewegung intensiver geführt als in anderen Teilen der Umweltbewegung bzw. der Neuen Sozialen Bewegungen und wirkte von hier wiederum in andere gesellschaftliche Bereiche hinein.[56]

Zwar wurden schon vorher in der Natur- und Umweltschutzbewegung gelegentlich gesetzeswidrige Aktionen durchgeführt, doch blieben diese vereinzelt, in der Regel unkoordiniert und hatten oft einen maschinenstürmerischen Beigeschmack. So kam es etwa 1949 gegen ein geplantes Wasserkraftwerk in der Partnachklamm bei Garmisch-Partenkirchen zu aktiver Sabotage gegen Bohrmaschinen, Arbeiter wurden bei ihren Tätigkeiten behindert und des Nachts Wächter verprügelt. Der maschinenstürmerische Charakter dieser Aktionen zeigt sich auch in einer Äußerung des dritten Bürgermeisters von Garmisch, die Altvorderen würden lieber mit Kienspan und Fackeln auskommen als den Bau der Stauseemauer dulden.[57] Ein sehr frühes Beispiel zivilen Ungehorsams in der Naturschutzbewegung bildet dagegen die schon 1906 initiierte Aktion „Verbotener Weg“ der Naturfreunde, die bewusst private Grundstücksgrenzen übertraten, um freien Zugang zu Bergen, Wäldern und Seen zu erzwingen.[58] Die bayerische DKP schloß 1970/ 71 mit „Seeuferaktionen“ an diese Tradition an.[59] Insgesamt gesehen wäre der Naturschutz der 1950er und 60er Jahre jedoch nicht ernsthaft auf den Gedanken gekommen, sich zur Verhinderung etwa der Zerstörung der Iliasschlucht am Lech an die Felsen zu ketten oder den Bauplatz einer Staustufe zu besetzen. Die gezielte und teils auch massenweise Anwendung zivilen Ungehorsams bedeutet daher einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Natur- und Umweltschutz der 1950er und 70er Jahre. Ein Großteil der Neuerungen und Weiterentwicklungen des Widerstands kann in ihm wiedergefunden werden: neue aktive Bevölkerungsschichten, eine verjüngte, radikalisierte und politisierte Bewegung, basisorientiert und auf Netzwerke vertrauend, die individuelle Verantwortung des einzelnen in den Vordergrund rückend, selbstbewusst die Berücksichtigung der eigenen Belange im Namen des Gemeinwohls einfordernd, dem Staat gegenüber antagonistisch eingestellt ohne große Hoffnungen auf die Ehrenhaftigkeit von

---

[55] Rucht (1994); Chatfield, Charles: Nonviolent Social Movements in the United States. A Historical Overview. In: Nonviolent Social Movements. A geographical perspective. Hg. v. Stephen Zunes und Lester R. Kurtz. Malden/ Oxford 1999, S.283-301.

[56] Hasenöhrl, Ute: Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam. Begrenzte Regelverletzungen und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational (= WZB-Jahrbuch 2003). Berlin 2003 (erscheint demnächst).

[57] Murat, Joachim: „Es geht um die Partnachklamm“. In: Süddeutsche Sonntagspost Nr. 46 (1949), S.5-7.

[58] Touristenverein Die Naturfreunde, Landesverband Bayern: Wir Naturfreunde. Nürnberg 1989, S.5ff.

[59] Bay. HStA Bayerische Staatskanzlei (13614, 13615): Lagebericht ‚Innere Sicherheit’ vom 7.9.1970, 13.7.1971 und 19.7.1971.

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die eigenen Kompetenzbereiche ausbauend – etwa durch die Erarbeitung alternativen Wissens – und zunehmend geschickter die Medien zur Verbreitung der eigenen Position einsetzend. Die Anti-AKW-Bewegung in ihrer gewaltlosen Form kann damit insgesamt geradezu als Musterbeispiel zivilgesellschaftlicher Organisation und zivilgesellschaftlichen Engagements gesehen werden.

c) Tourismus

Das Verhältnis des Natur- und Umweltschutzes zum Tourismus ist ambivalent. Zum einen besteht – wie gerade das Beispiel der Wasserkraft zeigt – eine enge Beziehung zwischen einer erfolgreichen Umsetzung von Natur- und Umweltschutz mit den Möglichkeiten der einheimischen Bevölkerung, die Schönheiten der landschaftlichen Umgebung für den Fremdenverkehr wirtschaftlich zu nutzen. Zum anderen stehen Naturschutz und Tourismus in einem Spannungsverhältnis, wenn es um die Verwirklichung einer touristischen Infrastruktur geht, etwa bei Bergbahnen oder der Anlage von Wochenendhäusern.

In den genannten Konfliktbereichen trug der Naturschutz alles in allem eine Niederlage davon. Zwar beruhigte sich der „bayerische Seilbahnkrieg“ Mitte der 1950er bis Mitte der 60er Jahre vorübergehend, doch war die sinkende Zahl an Genehmigungen eher auf eine gewisse Sättigung zurückzuführen[60] denn eine Folge des Widerstandes des Naturschutzes, vor allem des Alpenvereins.[61] Letztlich stoßen in der Auseinandersetzung um Lifte und Bergbahnen zwei entgegengesetzte Konzepte von Natur, Erholung und ländlicher Entwicklung aufeinander: Während Naturschutz und Alpinisten im Sinne eines ‚sanften Tourismus’ die Bedeutung von ‚Oasen der Stille’ in unberührter ursprünglicher Landschaft betonten, hofften Fremdenverkehrsvereine und mit ihnen meist ein Großteil der örtlichen Bevölkerung durch neue Attraktionen in der Konkurrenz um ein Massenpublikum Pluspunkte sammeln zu können.[62]

Auch der „Wochenendhausseuche“ stand der Naturschutz trotz einer eigentlich günstigen rechtlichen Ausgangsposition verhältnismäßig hilflos gegenüber. Die zuständigen Behörden gewährten Ausnahmegenehmigungen auch zum Bau innerhalb von Landschafts- und selbst Naturschutzgebieten meist problemlos, Schwarzbauten wurden nur in den seltensten Fällen entfernt und zumeist nachträglich genehmigt. Die zunehmende Zersiedlung der Landschaft wurde vom Naturschutz zwar wieder-

[60] Bis Ende der 1950er Jahre war es Praxis, jedem bedeutenden Fremdenverkehrsort eine Bergbahn zur Förderung des Tourismus, vor allem des Wintersports, zuzugestehen. Der Naturschutz sah den bayerischen Bedarf seit Mitte der 1950er Jahre als gedeckt an, konnte jedoch – von Ausnahmen abgesehen (Hochgrat, Ammergebirge, Rotwand, Karwendelspitze) – teils nicht einmal Bauten in Landschafts- und Naturschutzgebieten verhindern (Jenner, Chiemgauer Alpen). Eine zweite Bauwelle setzte Mitte der 1960er Jahre ein.
[61] Bay. HStA Bayerische Staatskanzlei (17020, 17021), Landesstelle für Naturschutz (62- 65).
[62] Bay HStA LfN 62: Vgl. Artikel “Garmischer Skisaison soll verlängert werden” von Ursula Peters. In: SZ (1967), S.14 mit Leserbrief Erich Zilch (Alpenvereinssektion Garmisch-Partenkirchen): „Skizirkus im Werdenfelser Land“: In: Münchner Merkur vom 18./ 19.5.1968.

holt beklagt und Gegenmaßnahmen eingefordert, doch fanden sich hier nur wenige Koalitionspartner aus anderen Bereichen der Gesellschaft.[63]

Ein Beispiel für Zusammenarbeit und Widerspruch zwischen den Interessen des Naturschutzes und des Fremdenverkehrs bildet der Fall des Waginger Sees.[64] Ein geplantes Speicherkraftwerk, das den Waginger See als Jahresspeicher heranziehen sollte, konnte 1949-51 gerade durch den Hinweis auf den wachsenden Fremdenverkehr des Seebades Waging erfolgreich verhindert werden. Als jedoch als ein Ergebnis des Konflikts ein breiter Streifen um das Seeufer als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wurde und der Naturschutz den Bau von Wochenend- und Bootshäuschen am Seeufer zu verhindern suchte, zerbrach die Koalition schnell und dem Naturschutz wurden nun diktatorische Maßnahmen vorgeworfen. Selbst ein Ortsbesuch des damaligen Innenministers Hoegner im März 1953, der sich für die Position des Naturschutzes aussprach, konnte den Konflikt nicht entschärfen. Trotz eindeutiger rechtlicher und politischer Sachlage gelang es dem Naturschutz nur in wenigen Einzelfällen, das Landratsamt zu einem Eingreifen gegen die Schwarzbauten zu bewegen. Die Auseinan-dersetzung um den Waginger See zeigt somit erneut die Bedeutung einer Zusammenarbeit des Naturschutzes mit den lokalen Einwohnern zur Verwirklichung seiner Anliegen. Zum anderen wird deutlich, in welch enger Beziehung zum Staat der Naturschutz von der Bevölkerung gesehen wurde. Bei fehlender (zivil-) gesellschaftlicher Unterstützung war dieser vom Wohlwollen des Staates und den Aktivitäten seines Ordnungs- und Zwangsapparates abhängig. Diese Verbindung wurde vor Ort oft als autoritär und der regionalen Entwicklung abträglich interpretiert und kostete den Naturschutz erhebliche Sympathien.

2. Trägergruppen

Ergänzend zu den Konfliktfelder werden Organisationen des Natur- und Umweltschutzes nach sozioökonomischen Merkmalen, Organisationsaufbau, Werten, Handlungsformen, ihrem Weltbild sowie den hauptsächlich thematisierten Umweltbereichen untersucht und verglichen. Mit Assoziationen wie Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen werden nochmals systematisch zivilgesellschaftliche Akteure erfasst, die im Zentrum einer bereichslogischen Sicht von Zivilgesellschaft stehen. Die Bereichslogik wird dabei insbesondere anhand des Verhältnisses dieser Organisationen zum Staat problematisiert. Auch die handlungslogische Sicht auf Zivilgesellschaft als einem spezifischen Modus sozialer Interaktion soll abermals exemplarisch historisiert werden.[65]

---

[63] Bay. HStA Bayerische Staatskanzlei (13601, 13602, 17020, 17021), Landesstelle für Naturschutz (37, 38, 49, 62).
[64] Bay. HStA Bayerische Staatskanzlei (17020), Landesstelle für Naturschutz (37, 38).
[65] Zur Bedeutung der Historisierung des Konzepts der Zivilgesellschaft siehe Gosewinkel, Dieter: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her (= WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2003-505). Berlin 2003.

a) Bund Naturschutz in Bayern

Die wichtigste Naturschutzorganisation Bayerns, sowohl Mitgliederstärke als auch Einfluss betreffend, ist der Bund Naturschutz in Bayern. An seinem Beispiel kann exemplarisch der Auseinandersetzung der traditionellen hierarchischen Naturschutzverbände mit den neuen Themen, der basisnahen Organisation und den provokanteren Aktionen der Umweltbewegung nachgegangen werden. Tendenziell lässt sich eine Veränderung der Naturschutzarbeit vom informellen Lobbyismus und einer Beschränkung auf Einrichtung von Schutzgebieten hin zu einer stärker öffentlichkeitsorientierten Vorgehensweise mit zunehmend politischer Komponente aufzeigen.

b) Touristenverein Die Naturfreunde, Landesverband Bayern

Repräsentiert der Bund Naturschutz die bürgerliche Naturschutzbewegung, so bilden die Naturfreunde seinen Contrapart in der Arbeiterbewegung. Anhand eines Vergleichs wird Unterschieden und Ähnlichkeiten in thematischer Ausrichtung, Aktionsformen und Organisationsstruktur zwischen bürgerlicher und proletarischer Naturschutzbewegung nachgegangen. Die thematisch breite Ausrichtung als Naturschutz-, Tourismus-, Wander-, Sport- und Kulturverein ermöglicht es zudem, die jeweilige Bedeutung des Natur- und Umweltschutzes gegenüber anderen Themen und Interessen innerhalb der Naturfreunde abzuleiten. Dabei lassen sich teilweise wesentliche Unterschiede zwischen Jugend- und Erwachsenenorganisation, Orts-, Länder-, Bundes- und internationaler Ebene feststellen.

c) Deutscher Alpenverein, Landesverband Bayern

In der Verbindung von Tourismus, Naturschutz, Wandern und Sport ist der Alpenverein thematisch ähnlich breit angelegt wie die Naturfreunde, jedoch ebenso wie der Bund Naturschutz im bürgerlichen Milieu verankert. Der inhaltliche Schwerpunkt des Vereins liegt auf der Landschaft des Alpenraums. Am Beispiel des Alpenvereins können zudem Mechanismen der Demokratisierung eines früher zutiefst nationalistischen und antisemitischen Vereins in der Bundesrepublik studiert werden.

d) Bürgerinitiativen

Die Auswahl der zu untersuchenden Bürgerinitiativen erfolgt primär im Rahmen der Analyse der bearbeiteten Konfliktfelder. Zweckverbände und Notgemeinschaften der 1950er und 60er Jahre fallen dabei ebenso in diese Kategorie wie die Bürgerinitiativen der 1970er Jahre, beispielsweise die Anti-AKW-Bewegung.

VI. Ergebnisse und Auswirkungen der Natur- und Umweltschutzbewegung auf Zivilgesellschaft und politisches System

Abschließend werden Ergebnisse und Auswirkungen der Natur- und Umweltschutzbewegung auf Zivilgesellschaft und politisches System zusammengefasst. Da sich dieser Teilbereich im wesentlichen auf die Resultate der empirischen Analysen stützen soll, werden hier nur einige vorläufige allgemeine Hypothesen vorgestellt.

Die ökologische Bewegung beeinflusste durch ihre Existenz, ihre Methoden, Erfolge und Misserfolge das politische System der Bundesrepublik Deutschland zum Teil nachhaltig. Dabei veränderte sie sich zwischen den 1940er und 70er Jahren von einer primär konservativen Bewegung zu einem Anliegen gerade auch der postmateriell orientierten Linken, verlor im Zuge dieser Entwicklung einen Teil ihrer Staatsnähe und radikalisierte sich. Indem im Alltag wie im Diskurs um das allgemeine Wohl Lebensqualität, Erholung und Freizeit gegenüber wirtschaftlich-materiellen Ansprüchen an Priorität gewannen, erlangten Fragen des Natur- und Umweltschutzes neue gesellschaftlich-politische Relevanz. Die Hemmschwelle, zu deren Lösung über Eingaben hinauszugehen und mit der Öffentlichkeit nicht nur zu drohen, sondern sie bewusst für Proteste auch disruptiver Art einzusetzen, sank analog in dem Maße, in dem die erweiterten demokratischen Möglichkeiten und das partizipatorische Selbstverständnis der 1960er Jahre ins allgemeine Bewusstsein drangen. Die Unzufriedenheit mit staatlichen Entscheidungen kulminierte in der Auseinandersetzung um die Atomkraft und führte dazu, dass sich auch der traditionelle Naturschutz nach außen deutlicher vom Staat abzugrenzen begann, ohne jedoch auf praktische Zusammenarbeit und staatliche Fördermittel zu verzichten. Die Bedeutung von kompromissorientierten Mediatoren zwischen Staat und Zivilgesellschaft wie der bayerischen Landesstelle für Naturschutz sank dagegen, auch aufgrund personeller Veränderungen in der Leitungsposition.

Die positive Erfahrung, mittels zivilgesellschaftlichen Engagements eigene Forderungen gegenüber Staat und Wirtschaft durchsetzen zu können, stärkte das bürgerschaftliche Selbstbewusstsein und half somit, zivilgesellschaftliche Gedanken in der Bevölkerung zu popularisieren. Die Entdeckung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten weckte neben der Bereitschaft, mehr Verantwortung vom Staat zu übernehmen, aber auch den Anspruch, von diesem als gleichberechtigter Partner – und nicht nur als regelmäßiger Stimmenlieferant – akzeptiert zu werden. Das vermeintliche Unvermögen des Staates, auf diese neuen Ansprüche und Themen adäquat zu reagieren, konnte andererseits aber auch zu Resignation und militanten, auch gewalttätigen Protesten führen. Speziell das als unflexibel und bevormundend empfundene Verhalten von Staat und Wirtschaft in der Auseinandersetzung um den Bau neuer Atomkraftwerke ließ das Vertrauen in das bestehende politische System bei einigen engagierten Bürgern erheblich sinken. Die zunehmende Produktion alternativen Wissens – etwa über das Gefährdungspotential der Kernkraft – kann somit so-

wohl als Ausdruck einer Eroberung neuer Kompetenzbereiche wie auch als Zeichen einer Entfremdung von den dominierenden Eliten interpretiert werden. Die Gründung alternativer Grüner Listen und schließlich der Grünen Partei wiederum demonstriert einerseits Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, andererseits bildet sie eine Reaktion auf das Bewusstwerden der Grenzen rein zivilgesellschaftlichen Engagements und zeigt die Anpassungsfähigkeit des parlamentarischen Parteienstaats insgesamt.

Bibliographie

„Das schönste Amt der Welt". Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung mit Unterstützung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (= Staatliche Archive Bayerns. Kleine Ausstellungen Nr. 13). München 1999.

Andersen, Arne: Umweltgeschichte. Forschungsstand und Perspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte (1993), S. 672-701.

Bender, Bernd/ Sparwasser, Reinhard/ Engel, Rüdiger: Umweltrecht. Grundzüge des öffentlichen Umweltschutzrechts. Heidelberg 1995³.

Bender, Harald: Die Zeit der Bewegung. Strukturdynamik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie sozialer Bewegungen und zur Analyse kollektiven Handelns. Heidelberg 1995.

Bergmeier, Monika: Umweltgeschichte der Boomjahre 1949 - 1973. Das Beispiel Bayern. Münster/ New York/ München/ Berlin 2002.

Brand, Karl-Werner: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M./ New York 1983

Brüggemeier, Franz-Joseph: Das unendliche Meer der Lüfte. Luftverschmutzung, Industrialisierung und Risikodebatten im 19. Jahrhundert. Essen 1996.

Chatfield, Charles: Nonviolent Social Movements in the United States. A Historical Overview. In: Nonviolent Social Movements. A geographical perspective. Hg. v. Stephen Zunes und Lester R. Kurtz. Malden/ Oxford 1999, S.283-301.

Druwe, Ulrich/ Kunz, Volker (Hg.): Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand. Opladen 1996.

Gilhaus, Ulrike: „Schmerzenskinder der Industrie". Umweltzerstörung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter Westfalens. Paterborn 1995.

Glaser, Hermann: Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3 Bände. München/ Wien 1990.

Gosewinkel, Dieter: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her (= WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2003-505). Berlin 2003.

Gurr, Ted Robert: Why Men Rebel. Princeton 1970.

Hahn, Sylvia/Raith Reinhold (Hg.): Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder, Forschungsansätze, Perspektiven. München 2001.

Hasenöhrl, Ute: Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam. Begrenzte Regelverletzungen und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational (= WZB-Jahrbuch 2003). Berlin 2003 (erscheint demnächst).

Hermand, Jost: Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewusstseins. Frankfurt a.M. 1991.

Hugh Heclo: Issue Networks and the Executive Establishment. In: Public administration. Concepts and cases. Hg. v. Richard Stillman. Washington 1999, S.444-456.

Klein, Ansgar/ Legrand, Hans-Josef/ Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen/ Wiesbaden 1999.

Knaut, Andreas: Zurück zur Natur. Landschafts- und Heimatschutz im wilhelminischen Zeitalter. Bonn 1993.

Kocka, Jürgen: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, 2 (2003), S.29-37.

Kraus, Otto: Die These vom ‚absoluten' und ‚relativen' Naturschutz – oder absolute Technik (1960). In derselbe: Zerstörung der Natur. Unser Schicksal von morgen? Der Naturschutz in dem Streit der Interessen. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge. Nürnberg 1966, S.26-33.

Kraus, Otto: Energiewirtschaft der Alpen im Umbruch – Wasserkraftnutzung am Ende? (1964). In derselbe: Zerstörung der Natur. Unser Schicksal von morgen? Der Naturschutz in dem Streit der Interessen. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge. Nürnberg 1966, S.170-178.

Linse, Ulrich: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Berlin 1988.

Miebach, Bernhard: Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung. Opladen 1991.

Murat, Joachim: „Es geht um die Partnachklamm". In: Süddeutsche Sonntagspost Nr. 46 (1949), S.5-7.

Ohme-Reinicke, Annette: Moderne Maschinenstürmer. Zum Technikverständnis sozialer Bewegungen seit 1968. Frankfurt/ New York 2000.

Olson, Mancur: Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen 1992³.

Paul, Reimar: Chronologie der Bewegung. In: ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Hg. v. Redaktion Atom-Express. Göttingen 1997, S.46-157.

Petzina, Dietmar: Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren. In: Wirtschaftliche Integration

und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. v. Werner Abelshauser. Berlin 1994, S.101-127.

Pfister, Christian (Hg.): Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft. Berlin 1995.

Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 – 1975. Reinbek 1983.

Radkau, Joachim: Literaturbericht Technik- und Umweltgeschichte. Teil I. In: GWU 7-8 (1997), S.479-497; Teil II. In: GWU 4 (1999), S.250-258; Teil III. In: GWU 5-6 (1999), S.356-384.

Radkau, Joachim: Was ist Umweltgeschichte? In: Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive. Acht Beiträge. Hg. v. Werner Abelshauser. Göttingen 1994, S.11-28.

Reutter, Werner: Verbände, Staat und Demokratie. Zur Kritik der Korporatismustheorie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (2002), S.501-511.

Rucht, Dieter/ Neidhardt, Friedhelm: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Lehrbuch der Soziologie. Hg. v. Hans Joas. Frankfurt/ New York 2001, S.533-556.

Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/ New York 1994.

Rucht, Dieter: Zivilgesellschaft als Forschungsgegenstand: Systematische, historische und forschungspraktische Annäherungen. Berlin 2002, S.11 (Arbeitspapier).

Sabatier, Paul A.: An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: Policy Sciences 21 (1988), S.129-168.

Schimanek, Uwe: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurstheoretische Soziologie. Weinheim/ München 2000.

Schmid, Alois (Hg.): Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik (Band 4/1). München 2003.

Sieferle, Rolf Peter: Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München 1997.

Simonis, Udo Ernst (Hg.): Basiswissen Umweltpolitik. Ursachen, Wirkungen und Bekämpfung von Umweltproblemen. Die Beiträge der RIAS-Funkuniversität. Berlin 1990.

Spiegelberg, Friedrich: Reinerhaltung der Luft im Wandel der Zeit. Düsseldorf 1984.

Streeck, Wolfgang: Staat und Verbände. Opladen 1994.

Tarrow, Sidney: Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics. Cambridge 1998.

Tolba, Mostafa K./ El-Kholy, Osama A. (Hg.): The World Environment 1972 – 1992. Two decades of challenge. London u.a. 1992.

Touristenverein Die Naturfreunde, Landesverband Bayern: Wir Naturfreunde. Nürnberg 1989.

Uekötter, Frank: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine politische Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika 1880 – 1970 (erscheint demnächst).

van Laak, Dirk: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999.

van Waarden, Frans: Dimensions and types of policy networks. In: European Journal of Political Research 21 (1992), S.29-52.

Wicke, Lutz: Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. München 1989².

Willems, Ulrich: Restriktionen und Chancen kollektiven Handelns. Eine Einführung in die Diskussion um Olsons ‚Logik kollektiven Handelns' und ihre Probleme für Theorien der rationalen Wahl. In: Druwe/ Kunz (1996), S.127-153.

Zabern, Thomas von: Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in der BRD. Ein Verzeichnis maßgeblicher Bürgerinitiativen. In: Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftwerkgegner und solche, die es werden wollen. Hg. v. Hans-Christoph Buchholtz, Lutz Metz u.a. Wuppertal 1978, S.141-159.

Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven

Discussion Papers

2001	
P01-801	JÜRGEN KOCKA, PAUL NOLTE, SHALINI RANDERIA, SVEN REICHARDT: Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, 104 S.

2003	
SP IV 2003-501	GABRIELLA ROSEN: Science and Civil Society: Lessons from an Organization at the Borderland, 53 S.
SP IV 2003-502	SHALINI RANDERIA: Between Cunning States and Unaccountable International Institutions: Social Movements and Rights of Local Communities to Common Property Resources, 30 S.
SP IV 2003-503	SVEN REICHARDT: Soziales Kapital “im Zeitalter materieller Interessen”. Konzeptionelle Überlegungen zum Vertrauen in der Zivil- und Marktgesellschaft des langen 19. Jahrhunderts (1780-1914), 20 S.
SP IV 2003-504	NINA VERHEYEN: Diskutieren in der frühen Bundesrepublik: Zur Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ zwischen Re-education und Studentenbewegung, 22 S.
SP IV 2003-505	DIETER GOSEWINKEL: Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her, 31 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie, bitte, unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** *mit, sowie* ***je Paper*** *eine* ***Briefmarke im Wert von Euro 0,51*** *oder einen "****Coupon Réponse International****" (für Besteller aus dem Ausland).*

Please send a ***self-addressed label*** *and* ***postage stamps in the amount of 0,51 Euro*** *or a* ***"Coupon-Réponse International"*** *(if you are ordering from outside Germany) for* ***each*** *WZB-Paper requested.*

Bestellschein

Order Form

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

Absender ● Return Address:

Hiermit bestelle ich folgende(s)Discussion Paper(s) ***● Please send me the following Discussion Paper(s)*** Autor(en) / Kurztitel ● Author(s) / Title(s) in brief	**Bestellnummer ● Order no.**